



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst der Länder

Gewerkschaften beschließen Forderungen

10,5 Prozent, mindestens 500 Euro!

Die Gewerkschaften haben am 11. Oktober 2023 die Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beschlossen. In Zeiten hoher Inflation ist die Einkommenssicherung zentrales Thema der Tarif- und Besoldungsrunde.

Anhaltend hohe Lebenshaltungskosten für Energie und Lebensmittel sowie eine deutliche Einkommenserhöhung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen haben die Forderungsdebatte in den vergangenen Monaten geprägt.

Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder müssen täglich die hohen Lebenshaltungskosten stemmen und haben somit große Erwartungen an ihre Tarif- und Besoldungsrunde.

„Wir brauchen endlich einen Ausgleich für die hohe Inflation in 2022 und 2023 und wollen Anschluss halten an den Einkommensentwicklungen der Kolleg*innen bei Bund und Kommunen. Der Tarifabschluss von Bund und Kommunen ist unser Maßstab, darunter können wir nicht abschließen“, so die mehrheitliche Auffassung der IG BAU-Mitglieder!

Nach einer kontroversen Diskussion konnte ein guter Kompromiss gefunden werden, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro monatlich, sollen die Tabellenentgelte steigen. Auszubildende sollen 200 Euro mehr erhalten. Laufzeit: 12 Monate.

Gefordert wird außerdem die unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung – in Zeiten von Fachkräftemangel eigentlich ein Muss.

Die Sicherung der Einkommen in diesen Zeiten mit hoher Inflation ist das zentrale Ziel der Tarif- und Besoldungsrunde. Darum wurde weitestgehend auf weitere Themen verzichtet, so zum Beispiel auch auf die Angleichung der Arbeitszeit Ost an das Niveau im Tarifgebiet West.

IG BAU-Forderung bleibt unberücksichtigt!

„Wie schon 2021 wurde auch in dieser Tarifrunde das Thema „Ostanpassung“ nicht aufgegriffen. Damit haben die Gewerkschaften ein weiteres Mal die wichtige Arbeitszeitanpassung verschoben“, so der Stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BAU, Harald Schaum.



Bild: Alexander Paul Englert

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst der Länder

Die Forderungen im Einzelnen:

- Die Tabellenentgelte sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Laufzeit: 12 Monate.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual-Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

Erwartungen an die Arbeitgeber:

- Es wird erwartet, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten.
- In den Stadtstaaten erledigen die Beschäftigten sowohl Landesaufgaben wie auch kommunale Aufgaben. Auch die Lebenshaltungskosten sind in Städten wie Berlin, Bremen oder Hamburg extrem hoch, und die Städte stehen bei der Gewinnung von Beschäftigten in Konkurrenz zum Umland. Ver.di erwartet daher eine monatliche Stadtstaatenzulage von 300 Euro.
- Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen in Berlin, Bremen und Hamburg erwarten die Zahlung einer monatlichen Stadtstaatenzulage von 150 Euro.
- Ver.di konnte in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 für die Beschäftigten in den Kommunen eine ganze Reihe von Verbesserungen erreichen. Wir erwarten, dass die Verbesserungen aus diesem Abschluss mit den Kommunen auch auf die Beschäftigten der Länder übertragen werden.
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten (studentischen Hilfskräfte).
- Tarifierung der bislang außertariflich gezahlten Zulage für Beschäftigte im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg (ZfPen).
- Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst erwartet zudem die umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau.

- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamt*innen sowie Versorgungsempfänger*innen der Länder und Kommunen.



In der Sitzung der Gewerkschaften berichtet Harald Schaum über die Forderungsvorstellungen der im Landesforst beschäftigten IG BAU-Mitglieder. Bild: Kay Herschelmann

Wer in außergewöhnlichen Zeiten eine hohe Forderung stellt, muss auch bereit und in der Lage sein, diese durchzusetzen. Das ist die Aufgabe für die kommenden Wochen und Monate. Nun geht es darum, Stärke zu gewinnen und gemeinsam unsere Forderungen durchzusetzen.

WIE GEHT ES WEITER?

Die Verhandlungstermine:

- | | |
|-------------------------|---------------------------|
| 26. Oktober 2023 | Erste Verhandlungsrunde, |
| 2. und 3. November 2023 | Zweite Verhandlungsrunde, |
| 7. und 8. Dezember 2023 | Dritte Verhandlungsrunde. |

IG Bauen-Agrar-Umwelt – die Forstgewerkschaft
Eine starke Gemeinschaft für die Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten in Forst und Naturschutz.



So einfach werde ich IG BAU-Mitglied
<https://igbau.de/Mitglied-werden.html>

Herausgeber:
IG Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand
Vorstandsbereich
Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Bildung – Forst und Agrar
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main
Oktober 2023